



Wer würde noch arbeiten gehen?

schaftsgefühl bereits. Allein im vergangenen Jahr hat sich Zahl der Unterstützer mehr als verdoppelt.

Natürlich gibt es auch Gewinner, die nicht so engagiert durchstarten wie Katrin Klink. Keiner muss öffentlich Rechenschaft darüber ablegen, was er mit dem Geld tut. „Manche atmen auch erst einmal durch“, sagt Maheba Tort Goedecke. Ihre Beobachtung: „Die Menschen werden mit dem Grundeinkommen mutiger. Sie trauen sich, neue Sachen anzugehen. Viele investieren in Bildung und Weiterbildungen. Auch Familienleben und partnerschaftliche Beziehungen werden besser, weil die Menschen mehr Zeit füreinander haben und sich die Partner auf Augenhöhe gegenüberstehen.“ Repräsentativ ist die Initiative „Mein Grundeinkommen“ nicht. Immerhin fließt hier ständig Geld von außen ein, von Menschen, die ihr Geld vor allem aus Arbeit beziehen. Man könnte den Befürwortern auch entgegenzusetzen, dass wir ja durchaus schon eine Grundsicherung in

Deutschland haben: Hartz IV nämlich. „Hartz IV ist verfassungswidrig“, winkt Götz Werner ab. „Die Würde des Menschen ist unantastbar, das steht im Artikel eins des Grundgesetzes. Hartz IV grenzt die Würde des Menschen ein. Er verliert Grundrechte.“ Zum Beispiel die freie Wahl des Arbeitsplatzes und die freie Wohnungswahl. „Gäbe es das bedingungslose Grundeinkommen, hätten Sie es nur noch mit Menschen zu tun, die mögen, was sie tun“, prophezeit er.

Es ist keine leichte Entscheidung, der sich die Schweizer am kommenden Wochenende stellen. Zu grundlegend wäre die Veränderung, zu unkalkulierbar sind die Risiken, zu viele Unbekannte gibt es in der Rechnung. Wie so oft

gibt es Wirtschaftsexperten, die das BGE für finanzierbar halten, und andere, die vom Gegenteil überzeugt sind. Götz Werner sagt, er verstehe die Ängste der Menschen durchaus. „Wenn wir es denken können, können wir es tun.“ Dass sie es denken können, haben die Schweizer bereits bewiesen. Ob sie es auch wollen, wird sich zeigen. «

„Die Risiken sind gewaltig“

Hilmar Schneider hält das bedingungslose Grundeinkommen für unrealistisch

Professor Schneider, 1000 Euro monatlich für jeden und alle anderen Sozialausgaben fallen weg. Hört sich das nicht gut an?

Wenn wir uns das leisten könnten, spräche gar nichts dagegen. Das können wir aber leider nicht, denn der Finanzierungsbedarf wäre gigantisch. Der ehemalige thüringische Ministerpräsident Dieter Althaus hat ja seinerzeit ein solidarisches Bürgergeld von 600 Euro netto vorgeschlagen. Wir haben damals mal ausgerechnet, was das bedeuten würde. Schon die Umsetzung dieses Vorschlags hätte Mehrkosten von 200 Milliarden Euro nach sich gezogen – positive Anreize auf die Arbeitsaufnahme und weitere Steuereinnahmen schon eingerechnet.

Mal angenommen, es ließe sich finanzieren. Was wären die Folgen? Die Risiken, die damit verbunden sind, sind gewaltig. Zum einen

Interview



Prof. Hilmar Schneider ist Direktor für Arbeitsmarktpolitik am Bonner Institut zur Zukunft der Arbeit.

würde das einen beachtlichen Zuwanderungsdruck erzeugen. Zum anderen hätte das Grundeinkommen Preiseffekte zur Folge, die vorher kaum abschätzbar sind. Leute, die aufgrund ihrer Qualifikation heute keine andere Wahl haben, als beispielsweise Klos zu putzen, könnten bei einem bedingungslosen Grundeinkommen viel wählerischer sein. Den Kloputzer-Job wird dann nur noch jemand machen, wenn es entweder richtig Spaß macht oder das Lohnniveau entsprechend steigt und damit der

Preis für solche Leistungen. Solche Effekte konnten wir in unseren Simulationen aufgrund fehlender Informationen gar nicht berücksichtigen. Aber es ist davon auszugehen, dass massive Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt auftreten.

Welche wären das?

Entweder wandern unbeliebte Jobs komplett in die Schwarzarbeit oder die Unternehmen müssen höhere Löhne zahlen. Im oberen Einkommenssegment wird das so gut wie keine Auswirkungen haben, im unteren aber zwangsläufig, weil niemand mehr gezwungen ist, aus Existenzgründen einen Job anzunehmen, den sonst keiner machen will. Jeder könnte sich den Tätigkeiten widmen, die er gerne macht. Man kann dann auch davon leben, dass man Bilder malt. Schön und gut. Aber wenn sich die höheren Löhne für einfache Jobs

am Markt nicht durchsetzen lassen, führt das zwangsläufig zu volkswirtschaftlichen Effizienzverlusten und damit Wohlstandsrückgang. Statt ihre Zeit in vollem Umfang den Dingen zu widmen, die sie gut können, werden viele Menschen gezwungen sein, einen Teil dieser Zeit mit Hausarbeit und Dingen zu verbringen, die sie heute von anderen erledigen lassen. Diese ganzen Risiken werden übrigens verhindert, dass das bedingungslose Grundeinkommen jemals eingeführt wird.

Die Schweizer stimmen bald über das Grundeinkommen ab. Ausgeschlossen ist es also nicht.

Es ist ja nicht verboten, so etwas zur Abstimmung zu stellen, aber gerade weil in der Schweiz das Volk zur Abstimmung aufgerufen ist, muss es sich auch der Verantwortung für die Konsequenzen aus seiner Entscheidung stellen. Das

Das Mincome-Experiment

1974 startete die kanadische Regierung ein Sozialexperiment in der kleinen Stadt Dauphin: 1000 Familien wurden fünf Jahre lang finanziell unterstützt. Die Höhe der Unterstützung war abhängig von der Höhe ihres Einkommens. Die Ergebnisse des Experiments wurden zunächst nicht ausgewertet, es fehlte an Geldern. 2009 fand eine kanadische Wissenschaftlerin die Unterlagen und wertete sie in einem Langzeitprojekt aus. Mit überraschenden Ergebnissen: Dauphin zeichnete einen Rückgang der Krankenhausaufenthalte um 8,5 Prozent sowie ein Absinken der Scheidungsraten. Außerdem entschieden sich mehr Teenager dazu, die Schule länger zu besuchen. Viele der Studienteilnehmer steckten ihr Geld in Werkzeuge für die Arbeit, die ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem Markt erhöhten.

Die Modelle und wie sie funktionieren sollen

Es gibt verschiedene Modelle des bedingungslosen Grundeinkommens (BGE). Die Idee ist jeweils die gleiche, das Menschenbild dahinter ein anderes. Wer das versteht, wundert sich auch nicht, dass unter den BGE-Anhängern sowohl Linke als auch Wirtschaftsliberale sind.

Das Schweizer Modell ist ein humanistisches. Die Grundsicherung reicht zum Leben aus, keiner müsste mehr arbeiten gehen. Wer arbeitet und mehr als umgerechnet 1500 Euro verdient, für den ändert sich finanziell nichts: Verdient also jemand 3000 Euro, bekommt er die auch weiterhin, der Arbeitgeber zahlt davon aber nur noch 1500 Euro direkt an den Arbeitnehmer. Der Rest geht in den BGE-Topf. Existenzängste müssten Arbeitnehmer den Initiatoren Daniel Häni und Philip Kovce zufolge nicht mehr haben.

Finanziert werden würde das zum Beispiel über eine sehr hohe Mehrwertsteuer. Andere Steuern fielen weg. So soll das Steuersystem vereinfacht werden und gleichzeitig weniger anfällig sein für Betrug. Diese Konsumsteuer soll besonders fair und transparent sein, weil sie am Ende der Wertschöpfungskette steht. Die Produktpreise sollen sich nicht ändern, weil auf dem Weg zum Produkt keine Steuern anfallen, die sich die Unternehmen wieder reinholen müssen. Sozialleistun-

gen wie Arbeitslosengeld würden nicht mehr gezahlt. Weil nicht mehr kontrolliert wird, soll damit viel an Bürokratie und den damit verbundenen Kosten eingespart werden.

In Finnland geht es um ein neoliberales Modell. Die rechtsliberale Regierung möchte einigen Bürgern in einem 2017 startenden Experiment monatlich 800 Euro zahlen – auch hier fallen im Gegenzug alle Sozialleistungen weg. Der Zwang, weiter arbeiten zu gehen, bliebe. Die Regierung erhofft sich sogar, dass schlecht bezahlte Jobs dann eher angenommen und gleichzeitig die Kosten für die Sozialbürokratie reduziert werden.

Das „Solidarisches Bürgergeld“ hat unter anderem 2006 der ehemalige thüringische Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) vorgeschlagen. Dabei sollte jeder bedingungslos rund 600 Euro netto bekommen – weniger, als es an Sozialleistung bislang gibt. Dieses Grundeinkommen ist eher so etwas wie ein bedingungsloses Hartz IV, bei dem keine Bedürftigkeit nachgewiesen werden muss. Das würde vor allem die Arbeitgeber stärken, da diese die Lohnnebenkosten einsparen würden. Das Pilotprojekt in Finnland ist ähnlich konzipiert.

führt in aller Regel dazu, dass Optionen, die mit hohen Risiken behaftet sind, eher abgelehnt werden.

Es gibt eine Vorstudie zum Schweizer Modell. Derzufolge soll das Grundeinkommen finanzierbar sein, weil es vom Einkommen abgezogen wird. Was sagen Sie dazu? Die Befürworter des Schweizer Modells argumentieren hochgradig unseriös. Die Kosten werden künstlich klein gerechnet, unter anderem indem der Teil eines Arbeitnehmergehalts, der in der Höhe dem BGE entspricht zum BGE umdefiniert wird. Dass dieser Gehaltsanteil keineswegs bedingungslos gezahlt wird, sondern an die Erbringung der vertraglich gekoppelten Arbeitsleistung gekoppelt ist, wird schlicht ignoriert. Das fällt für mich in die Kategorie Volksverdummung. Deshalb hat dieser Vorstoß keine Chance.

Über „Mein Grundeinkommen“ wurden bereits einige Grundeinkommen finanziert. Das scheint sehr gut zu funktionieren, die meisten Gewinner arbeiten weiterhin.

Das Projekt wurde über sogenanntes Crowdfunding finanziert, das heißt, die Finanzierung kam von externer Seite. Solange Geld von außen in das System reingepumpt wird, funktioniert es immer, aber das ist ja nicht nachhaltig. Das System muss auch dann funktionieren, wenn es in sich geschlossen ist. Wer glaubt, das sei machbar, hat alle Karten in der Hand, um die Welt davon zu überzeugen. Er soll sich Gleichgesinnte suchen, die sich gemeinsam darauf verpflichten, das bedingungslose Grundeinkommen untereinander zu praktizieren. Wenn das funktioniert, wäre das der überzeugendste Beweis überhaupt. Solange der nicht existiert, müssen wir uns auf die Mathematik verlassen, und deren Resultate stimmen eher skeptisch.

Überzeugen Sie mich davon, dass es nicht machbar wäre.

Das BGE beruht im Wesentlichen auf einem Linke-Tasche-rechte-Tasche-Prinzip. Sie bekommen Geld vom Staat, das Sie vorher als Steuer gezahlt haben. Würde man

das Schweizer Modell auf Deutschland übertragen, würde das einem Umverteilungsbedarf von knapp 1,8 Billionen Euro pro Jahr entsprechen. Zum Vergleich: Das BIP in Deutschland betrug 2015 drei Billionen Euro. Angesichts solcher Größenordnungen und den angesprochenen Risiken erübrigt sich jede weitere Debatte.

Befürworter des Grundeinkommens argumentieren, dass es aufgrund der Technisierung und des demografischen Wandels in Zukunft nicht mehr genug Jobs für alle geben wird.

Das ist ein nicht totzukriegendes Argument, auch wenn es jeder empirischen Grundlage entbehrt. Wir sind einem Strukturwandel ausgesetzt, aber das ist ja nicht Neues. Das ist so alt wie die Menschheit, aber die Arbeit als solche ist nie weniger geworden. Schon zu Zeiten der industriellen Revolution vor fast 200 Jahren gab es Utopisten, die das baldige Ende der Arbeit vor sich sahen. Die Arbeit ist aber nicht weniger geworden, sie ist nur anders geworden.

Wie sollen wir dem aktuellen Strukturwandel denn dann begegnen?

Wenn wir Dinge effizienter erledigen als vorher, werden Ressourcen frei. Die können wir dann auf Aktivitäten verwenden, für die wir vorher gar keine Zeit hatten. Früher waren die Menschen viel unmittelbarer mit dem Existenzkampf beschäftigt. Heute ist der Marktwert von intellektuellen Tätigkeiten enorm gestiegen, weil wir die Möglichkeit haben, uns mit Themen zu beschäftigen die es früher einfach gar nicht gab. Mit jeder Freisetzung von Ressourcen sorgt die menschliche Fantasie dafür, dass wir plötzlich Dinge machen, auf die wir früher keinen Gedanken verschwendet haben. Und offenbar entsteht dafür auch ein Markt und damit wieder neue Einkommensmöglichkeiten. Die Herausforderung besteht nur darin, Menschen darin zu unterstützen, in diesem Strukturwandel zu bestehen.

Das Gespräch führte Jasmin Krsteski